

Gewerkschaftliche Rundschau

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen,
Mitglied des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr. 21	Erscheint alle 14 Tage. Durch die Post bezogen monatlich 1 Mk., mal Teuerungszahl des Börsenvereins der Buchhändler.	Köln, den 11. Oktober 1923	Hauptgeschäftsstelle: Venloer Wall 4. Fernspr. Anno 8598. Postfach-Konto Köln 18937.	II. Jahrg.
--------	--	----------------------------	--	------------

Die Mitglieder des deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der goldennütige Abwehrkampf, den die Bevölkerung an Rhein und Ruhr gegen die Uebergriffe des von weltlichen Eroberungswillen und kapitalistischen Instinkten geleiteten Militarismus unserer Gegner aus freiem Entschluß geführt hat, mußte mangels innerer Geschlossenheit des deutschen Volkes und infolge unangenehmer Erschöpfung abgebrochen werden. Der Kampf ist nicht umsonst gewesen. Mehrere Monate lang hat die ganze Welt auf Rhein und Ruhr zugehört und hat den Glauben an den Lebenswillen des deutschen Volkes wiedergefunden. Auch im westlichen Gebiet wird der Gedanke an Rhein und Ruhr schlummernde Feinde wiedererwecken und zu neuer Entfaltung bringen. Es bleibt heilige Pflicht des deutschen Volkes, aller Befangenen, Vertriebenen und Geschädigten ihre Freiheit und ihre Rechte wieder zu verschaffen. Der Abbruch des passiven Widerstandes stellt ganz Deutschland vor neue schwerere Aufgaben und Gefahren. Dunkel ist die Zukunft. Nur fester Glaube und entschlossenes Handeln können die Freiheit bringen und uns vor völliger Untertänigung unserer Volksherrschaft und vor Verleumdung bewahren. Daher ist der Ausschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammengetreten, um über die unbedingte zu treffenden Maßnahmen Beschluß zu fassen und sie der Regierung zur Durchführung zu unterbreiten. In erster Linie aber kommt es auf folgendes an:

Die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben sich unter Aufrechterhaltung gewohnter gewerkschaftlicher Disziplin an die Anforderungen ihrer Führer zu halten. Alle Bestrebungen, die die Einheit des Reiches gefährden, sind aufs ärgste zu bekämpfen. Die Produktion muß erhalten und gesteigert werden. Jeder unangehobene Preispolitik ist mit scharfen Maßnahmen zu begegnen. Dem Volk ist durch schnelle Durchführung der Währungsreform ehrliches Geld zu verschaffen. Arbeitsfreude und Arbeitswille sind nur zu weden und zu erhalten, wenn der Ausbeutung des Volkes durch Wucherer und

Kaufleute ein Ende gemacht wird und die Arbeitnehmer durch stärkere Beteiligung an Kapital und Ertrag der deutschen Wirtschaft immer verbunden werden. Durch rücksichtsloses Zugreifen ist der ausbreitende Luxus zu unterdrücken. Der sich von Tag zu Tag verschärfenden Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Not ist durch staatliche Fürsorgemaßnahmen, durch Beschaffung produktiver Arbeitsmöglichkeiten und Sicherstellung des Bedarfs an notwendigen Lebensmitteln zu steuern. Die dazu erforderliche Mittel sind durch wirksame steuerliche Maßnahmen, die wir allen Dingen die neuen Reichen abzusaugen, aufzubringen. Die Verwirklichung dieser Notwendigkeiten kann nur einer starken und zielbewußten Regierung gelingen, die bestrebt ist, dem Staat wieder die unerlässlichsten Machtmittel zu verschaffen.

Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes, unsere Bewegung steht vor großen, schweren und verantwortungsvollen Aufgaben. Mehr denn je müssen Mitglieder und Führer in Treue verbunden sein. Unserer Bewegung fällt die obere Aufgabe zu, dem Geiste der Versöhnung und Selbstkritik entgegenzuwirken und von innen heraus an der Befundung und Stärkung des deutschen Volkes zu arbeiten. Unsere christlich-deutsche Straßenauffassung muß die kapitalistische und marxistische Auffassung überwinden, die dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes im Ringen um seine Freiheit entgegensteht. Dieser Wiederaufstieg wird lang und mühevoll sein. Verliert nicht die Geduld, hütet Euch vor dem Glauben, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes die Leidenszeit vorüber sei. Der Kampf für die deutsche Freiheit und insbesondere unser Kampf für die Freiheit der deutschen Arbeits- und Wohnstätten, wird weitergeführt. Fest und unerschütterlich ist unser Glaube: Es kommt der Tag, an dem das deutsche Volk und das deutsche Land frei sein werden und die Tyrannemacht ein Ende hat.

Der Vorstand.
Stegerwald, Thiel, Guttsche, Otte.

beschränkte Herrschaft, welche sie in Vorkriegszeiten besaß, wieder aufzurichten. Größere Rentabilität der Wirtschaft soll erreicht werden durch Beseitigung aller gesetzlichen Schranken, die zum die Arbeitskraft gegen zu starke Ausbeutung schützen. Das unbändige Macht- und Gewinnstreben dieser Kreise will kommende Wirtschaftskrisen ungehemmt benutzen, um entsprechend dem Gebote und der Nachfrage von Arbeitskraft den Lohn bis zum äußersten zu drücken. Alle Schranken der Demobilisierungsverordnungen gegen willkürliche Entlassungen sollen fallen. Und was die Hauptsache ist, der Lohnkündentag soll fallen unter allen Umständen, nach dem Willen dieser Kreise genügt es nicht, Abweichungen vom Achtstundentag, soweit sie volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen, zuzulassen, sondern sie wollen die Möglichkeit haben, die Arbeitszeit der Vorkriegsjahre ohne jede Hemmung, nach ihrem Gutdünken, wieder einzuführen. Die Ausbeutung der breiten Masse des Volkes in der bisherigen Form durch Selbstwertung und Spekulation, wirtschaftliche Preisfestsetzungen über den Weltmarktpreis hinaus genügt ihnen nicht. Dinzukommen soll die Möglichkeit auch an der Arbeitskraft die Volkskräfte wieder auszubehuten.

Das hierin zu Tage tretende unbändige Gewinnstreben kennt keine Grenzen. Man scheut nicht davor zurück in den Tagen der höchsten vaterländischen Not, der Notigung die Pistole auf die Brust zu legen, weil man in Schwerindustriellen- und Großlandwirtschaftlichen Kreisen glaubt, gerade in den Tagen der größten vaterländischen Not die Reichsgewalt am obersten zwingen zu können, ihrem Verlangen nachzugeben. Der Sturz des Kabinets Stresemanns ist nichts anderes als ein Versuch, dem deutschen Volke wieder die Herrschaft des Kapitals aufzuzwingen.

Ob es ihnen gelingt, wird zum guten Teile vom deutschen Volke, von der deutschen Arbeiterschaft abhängen. Lassen die Arbeitnehmer in dieser Zeit der größten Gefahr für den sozialen Fortschritt, für die Errungenheiten der letzten Jahrzehnte auf diesem Gebiete, ihre Organisationen im Stich, dann dürfte der Kampf bereits zugunsten der Vertreter des Herrenmenschtums entschieden sein.

Uns allen bleibt heute nur die eine Wahl: Entweder nehmen wir den Kampf gegen das nationale und internationale Großkapital mittels unserer Gewerkschaften auf, oder aber wir geben uns schon von vornherein verloren und opfern mit den sozialen Errungenheiten der letzten Jahrzehnte auch jede Möglichkeit im nächsten

Es geht ums Ganze.

In den Augenblicken der größten Not, wo alle Kräfte des deutschen Volkes zusammen stehen müssen, um gegen den Vernichtungswillen der ausländischen Gegner Sturm zu laufen, diesem Vernichtungswillen den eisernen Willen zum Leben entgegen zu setzen, droht es auseinander zu

fallen. Just in diesem Augenblicke erfolgte der Ansturm der rechts stehenden Kreise, unter der Führung der Groß- und Schwerindustrie, gegen die Regierung der großen Koalition. Geben wir uns keinen falschen Hoffnungen hin. Unter dem Vorwande, die unheilvollen sozialistischen Einflüsse in Staat und Wirtschaft zurückzudämmen, versucht das Großkapital seine unbe-

Menschenalter wieder auf der sozialen Stufenleiter empot zu steigen. Wer hier beifolgt, oder nur ungern an diesem Ringen teilnimmt, fördert die Bestrebungen der Schatzmacher und des Kapitals.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Lerneruna.

Einen Ueberblick über die Erhöhungen der Werte im letzten halben Jahre gibt der Reichsbericht für die Lebenshaltung.

Durchschnitt	Wert	3 816
Durchschnitt Juni	7 650	
4. Juli	16 180	
11. "	21 511	
18. "	28 892	
25. "	30 336	
30. "	71 476	
6. August	149 531	
13. "	436 885	
20. "	753 733	
27. "	1 183 434	
3. September	1 845 261	
10. "	5 051 046	
17. "	14 244 900	
24. "	28 000 000	
1. Oktober	40 400 000	

Ein grundlegende Aenderung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 ab treten bei den Steuerabzügen vom Lohn grundlegende Aenderungen ein. Bisher wurden die Beträge, um die sich der 10 v. H. des Arbeitslohnes betragende Steuerabzug nach dem Familienstand des Arbeitnehmers und für Werbungskosten ermäßigt, abhänghg durch Herabsetzung festgesetzt und vermindert, sobald die Lohnentwicklung eine Neuregelung erforderlich machte. Die fortwährende Wertminderung und die damit verbundene Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der Werbungskosten haben es erforderlich gemacht, die Ermäßigungen in kürzeren Abständen als bisher der Entwicklung anzupassen. Die Verordnung vom 27. September 1923 sieht daher eine automatische Anpassung der Ermäßigung durch Anschluß an den jeweiligen Lebenshaltungszu- oder Abnahme bei der Arbeitgeber die Ermäßigungen selbst zu berechnen. Dabei ist von den in der zweiten Spaltenübersicht in Geltung gewesenen Ermäßigungsverhältnissen auszugehen. Diese Sätze sind mit einer vom Reichsminister der Finanzen auf Grund der Entwicklung des Lebenshaltungszu- oder Abnahme und öffentlich bekanntgemachten Verhältnisszahl zu vermindern. Die Regelung findet erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, der nach dem 30. September 1923 fällig geworden und bezahlt worden ist. Die Verhältnisszahl ist jeweils bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem Arbeitslohn anzunehmen zu legen, der bis zum Ablauf der Kalenderwoche fällig geworden und bezahlt worden ist. Für die die Verhältnisszahl festgelegt wird.

Die Verhältnisszahl beträgt für die erste Kalenderwoche des Oktober sechs. Bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem in der Zeit vom 1. bis zum 6. Oktober einschließlich fällig gewordenen und bezahlten Arbeitslohn sind alle die Ermäßigungen der zweiten Spaltenübersicht mit sechs zu vermindern. Die Verhältnisszahl für die spätere Zeit wird jeweils als Verhältnisszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn unter Angabe der Geltungsdauer im Reichsanzeiger und durch die Landesregierungen bekannt gemacht werden.

Als die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet

hat die französische Militärbehörde in Düsseldorf einer Abordnung der Gewerkschaften u. a. folgende Bedingungen gestellt:

1. Abschaffung des Betriebsrats.
2. Einführung des Rekrutentages und der Akkordarbeit.
3. Uebernahme jealicher Arbeit.
4. Partialer Arbeitsnachweise.

Diese drei Bedingungen seien mit aller Deutlichkeit, wozu die deutsche Arbeiterbewegung zu verstehen hat, wenn der französische Kapitalismus Einfluß im deutschen Wirtschaften gewinnt. Sie seien aber auch nur recht die Gewerkschaften im Westen hatten, als sie dann ebenfalls den Vaterlandsvorkämpfern die demagogischen Finger klopfen, die versuchen, die rheinische Arbeiterbewegung an den ausländischen Kapitalismus zu verkaufen.

Arbeiterbewegung.

Wer hat Anbruch auf Tariflohn?

Anbruch auf die vom Schlichtungsausschuss festgesetzten Löhne haben nur die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer. Diese Entscheidung hat am 12. September das Kommunenausschussamt für Mitteldeutschland in Magdeburg getroffen. Zur Begründung wird angeführt:

Der Schlichtungsausschuss vertritt die grundsätzliche Auffassung, daß die von den vertragstheuernden Parteien in mühsamer Organisations- und Tarifarbeit errichteten Erfolge lediglich den Mitarbeitern der vertragstheuernden Organisationen zuzurechnen sind. Er lehnt es als unbillig ab, daß Verträge kostenlos in dem tarifvertraglichen Gebäude wohnen wollen, daß jedoch Rollen der Vertragsparteien macht. Er erblickt in der betroffenen Entscheidung keinen Koalitionsverstoß, sondern lediglich die natürliche Folge des Vertragsgebildens. Mit dieser Auffassung steht es nicht im Widerspruch, daß im Falle einer Verbindlichkeitsklärung allen in dem betreffenden Gewerbe beschäftigten Arbeitnehmern der Vorteil des Tarifvertrages teilhaftig werde, denn in diesem Falle sind auch die dem Arbeitgeberverband nicht angeschlossenen Arbeitnehmer dem Tarifvertrag unterworfen, was sie nicht sind, wenn beide Parteien für verträglich einstimmen. Was der Arbeitgeberseite recht ist, muß der Arbeitnehmerseite billig sein.

Die hier vertretene Auffassung entspricht durchaus dem natürlichen Rechtsgefühl. Eine andere Beurteilung ist auch nicht möglich, wenn man dem Grundgedanken folgt, daß nur der zu ernsten herantritt, der auch aetät hat.

Ein Veteran der Arbeit.

Am 10. Oktober 1923 feiert ein alter Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Reichstagsabgeordneter Kollege Karl Schürmer seinen 60. Geburtstag. Bei dieser Feier kann der Jubilar auf eine dreißigjährige politische Tätigkeit zurückblicken und sich seiner Wahl in den Bayerischen Landtag vor 25 Jahren und in den Reichstags vor 15 Jahren erinnern.

Schürmer ist Mitbegründer einer Anzahl katholischer Arbeitervereine (München-Nord, Wahn, Memmingen) 1893 des Arbeiterwahlvereins der Zentrumspartei in München, des Radfahrer-Vereins Windthorst-Konforta, des gewerkschaftlichen Vereins „Arbeiterklub“ des Bayerischen Berg-, Hütten- und Salinenarbeiterverbandes, des Verbandes für das bayerische Volkspersonal, der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, deren leitendem Ausschuss er angehört. Durch sein Buch „Ueber das Wohnungsproblem der Arbeiterbevölkerung und seine Propaganda zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse“ ab er den ersten Anstoß zur Gründung des großen Münchener Wohnungsverbandes.

In seiner langjährigen öffentlichen Betätigung hat der vorkriegende Vorkämpfer für taubende von „kleinen Leuten“ keine materiellen Güter annehmen können. Es trifft zu, was eine andere Zeitung kürzlich schrieb: „Seine öffentliche Tätigkeit ist ihm nicht zum Vorteil geworden: er ist so arm wie vor dreißig Jahren.“

Begewärter.

Die neue Lohnordnung für die Provinz Westfalen.

Die rapide Geldentwertung hatte bisher im Gefolge, daß die vereinbarten Löhne, wenn sie zur Auszahlung gelangten, durch die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen überholt waren. Der bisherige Verhandlungsmodus und die Art der Lohnfestsetzung waren nicht wesentlich genug, um schnell genug den Schwankungen der Währung und der Preise zu folgen.

Mit der Verwaltung ist daher ein neues System vereinbart worden, daß ab 1. Oktober in Anwendung kommt. Es sind Tagelohngrundtabellen festgesetzt, die von Woche zu Woche mit einer besonders vereinbarten Mehrzahl multipliziert werden.

Die Lohntabellen betragen in Ortsklasse A: 2880 M. B: 2808 M. C: 2736 M. D: 2664 M. E: 2592 M. Die Grundzahl für Frauen- und Kinderzulage beträgt 800 M. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt ab 1. Oktober in folgender Weise: Mit dem auf Grund der Mehrzahl festgesetzten Lohn für die erste Oktober-Woche wird die gleiche Summe für die zweite Oktober-Woche als Vorzahlung gezahlt. Mit dem Lohn für die dritte Oktober-Woche

(wiederum auf Grund der neuen Mehrzahl die erste, eingetretene Lohnzahlung) die zweite Oktober-Woche nachgezahlt und die dritte Oktober-Woche wieder als Vorzahlung gezahlt und so weiter.

In Zukunft erfolgt die Auszahlung nicht mehr durch die Volk, was zu manchen berechtigten Klagen Anlaß gab, sondern durch die Straßenmehrer. Dessenhalb wird dadurch die Verzögerung in der Auszahlung vermieden.

Durch die nunmehr getroffene Neuordnung ist ein großer Teil der Wünsche der Kollegen erfüllt. Es darf erwartet werden, daß nunmehr die Arbeiter sich recht zum Verhandeln und auch ebenso pünktlich ihren Verbindlichkeiten dem Verbande gegenüber nachkommen, wie der Verband bestrebt ist, in Beträgen mit allen Kräften wahrzunehmen. Entsprechend der wünschenswerten Minderung der Mehrzahl ändern sich in Zukunft auch wesentlich die Beiträge. Die Bezirksleitung steht demselben wünschenswerten entsprechend den Satzungen des Verbandes fest und brinat die Karte pünktlich zum Verband.

Beamtenfragen.

Die am 5. d. M. stattgefundenen Verhandlungen für die Gehaltszulage der Beamten haben folgendes Resultat:

1. der allgem. Proz. Lernerungszuschlag beträgt 1,398,900% entsprechend einer Mehrzahl von 14,000.
2. Die Ortsionderzulagen werden verhöbert. Die Erhöhung gilt ab 1. Oktober. Wegen der Erhöhung der Bel.-Zulage ist noch nichts feststimmtes zugelaßt worden. Es soll verhandelt werden, die Sätze zu verhöbert.

Aus den Bezirken und Ortsgruppen.

Bessen. Da aus Erfahrungsründen die Aung des Kommunallandtags bis nach Weihnachten verzögert worden ist, hat Landesauschuss die Anträge betreffend and weiliger Einwirkung des Anhaltswahlbezirks an die Sparkommission A. Belohnungsvorgeschlag. Die Sparkommission wird voraussichtlich im Laufe der nächsten 3-4 Wochen über die vorliegenden Wünsche Bescheid lassen und dem Landesauschuss der Mitte November zugänglichen Bescheid ausgeben. Die Bescheidigung wird in der Hoffnung sein, daß die Reichsliste entsprechend unteren Verhältnissen ausfallen werden und dann auch annehmend zur Durchführung gelangen.

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 14. bis 20. Oktober ist der 42te Wochenbeitrag zu leisten.

Spart mit den Verbandszeitungen.

Jedes Exemplar der Nr. 20 unseres Verbandsorgans kostete rund 350 000 M. Hauptgeschäftsstelle sah sich daher verpflichtet eine gründliche Durchsicht der Bezugsliste vorzunehmen und die Zahl der bestellten Exemplare soweit zu kürzen, daß für je 12 im letzten Quartal geleisteten Wochenbeiträge eine Zeitung geliefert wird. Wenn mehr Zeitungen verlangt werden, ist ein besonderer Antrag, unter Darlegung der Umstände, an die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes zu richten. Der Zentralvorstand.

Gebittstafel.

Gestorben ist der Kollege:

Joh. Nikert, Bocholt i. W. 28. 8. 23

die Kolleginnen:

Mirella Schmitt, Bocholt a. W. 4. 9. 23

Augusta Weichmann, Pöthen 15. 9. 23

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

H. Glömann, Köln, Benloerwall 9
Druckerei: Volkswacht-Verlags, Köln, Domkloster